

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seitensprecher Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 58

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und des 1. Mai. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 6.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 234

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 11. Oktober 1921 (Germania)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Oberschlesien, ein zweites Elsaß-Lothringen? Die Drahtzieher im Völkerverbund treiben Schindluder mit dem Deutschland der Bereitwilligkeit.

Neuestes in Kürze.

München, 10. Okt. Wie die „Münchener Post“ meldet, hat der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei in Ludwigshafen, Friedrich Proft, einen Ruf der Reichsregierung erhalten, als sozialpolitischer Referent in das Staatssekretariat für die besetzten rheinischen Gebiete einzutreten. Er wird diesem Rufe Folge leisten.

Reipzig, 11. Okt. Nach einer Zeitungsmeldung sollen gegen die hiesigen Gerichtsgebäude Attentate geplant sein, namentlich gegen das Landgericht in der Eisenstraße. Die Gebäude werden von Sicherheitsmannschaften stark bewacht. Die Besucher des Landgerichts müssen sich beim Eintritt einer Lebensuntersuchung unterziehen.

Paris, 10. Okt. Sabas meldet aus Brüssel, daß die dortige Polizei habe einen vormaligen deutschen Offizier, der während der Besetzung des Landes einen Polizeiposten in Schaarbeek kommandiert habe, und der unter einem falschen Namen für Rechnung einer großen Brüsseler Firma sich mit dem Import skandinavischer Hühner nach Belgien befaßt habe, verhaftet.

Rom, 10. Okt. Die italienische Vertretung bei der Völkerverbundkonferenz wird in nächster Zeit aufgelöst. Nur der Sachverständigen für orientalische Fragen bleibt bis auf weiteres hier.

Neu-York, 10. Okt. Nachrichten aus La Paz zufolge soll in den ecuador-paraguayischen Grenzgebieten eine Revolution ausgebrochen sein.

Surchbare Folgen.

London, 10. Okt. Der „Observer“ berichtet aus Berlin: In Deutschland werde eine gewisse Krise erwartet, wenn das oberste Problem gelöst werde. Man habe jetzt die Forzavlinie so gut wie sicher und erwarte von der Bekanntgabe dieser Entscheidung durchführbare Folgen.

Eine letzte Stimme der Vernunft. London, 10. Okt. Das Parlamentsmitglied Kennworthy schreibt in einem Briefe an die „Times“, es scheine die Gefahr zu bestehen, daß die britische öffentliche Meinung, beschäftigt mit den rassenpolitischen, mit Washington, mit der Arbeitslosigkeit und mit den hohen Steuern in ihrem Interesse für die ebenso wichtige oberste Frage in der Klasse. Das oberste Problem sei heute das wichtigste, beim von der Lösung der oberste Problem hänge die wirtschaftliche Erholung Europas und damit die Hoffnung auf ein Wiederanstehen des englischen Handels ab. Ein neues Elsaß-Lothringen könne hier geschaffen werden. Es gehe das Gerücht, daß Oberdeutschland jetzt doch geteilt werden müsse, und daß eine politische und wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden solle. Jede Teilung Oberdeutschlands würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und Deutschland, sondern auch gegen Polen und die übrigen Teile Zentraluropas. Das Beste, was der Völkerverbund tun könne, sei, die Bewohner Oberdeutschlands erst zu befragen. Oberdeutschland sei der höchstentwickelte Industriebezirk Europas. Es sei unteilbar wie das Werk einer Uhr. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen eine Teilung. Sie wisse, daß dies den Ruin bedeutet. Das Interesse der unglücklichen Bewohner müsse in Erwägung gezogen werden, selbst vom Völkerverbund, in dem sie nicht vertreten seien. Die ursprüngliche Abstimmung in Oberdeutschland sei unter der Voraussetzung vorgenommen worden, daß die Bevölkerung darüber abstimmen soll, ob die ganze Provinz an Deutschland oder an Polen fallen soll. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die ganze Provinz an Polen gefallen wäre. Nicht 5 v. H. der oberste Bevölkerung würde für eine Teilung gestimmt haben. Bevor man jedoch Oberdeutschland teile, müsse daher eine Abstimmung über die Frage der Teilung stattfinden. Wenn sich die Bevölkerung gegen eine Teilung erklärt, dann müsse man der Provinz die Autonomie unter deutscher Souveränität geben. Dies sei zwar keine ideale Lösung, aber polnische Geld, polnische Arbeitergebebung, bezw. der Mangel daran, und polnische Unterdrückung auf der einen Seite der

Grenzlinie, deutsches Geld, deutsche Arbeitergebebung und deutsche industrielle Tätigkeit auf der anderen Seite und zwischen durch Zoll- und Pachtverhältnisse bedeuten den Ruin eines reichen Gebietes, das für Europa eine Lebensnotwendigkeit sei.

Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht nunmehr einen wirtschaftlichen Völkerverbund. Wenn man dem Völkerverbund gestattet, in der oberste Frage einen Narren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Mißkredit kommen, wie der Oberste Rat.

Scharfe Kritik.

Berlin, 10. Okt. Der in Genf weilende Völkerverbund der oberste Zentrumspartei, Max Müller, erklärte einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“, der von dem Völkerverbund und dem Schweizer Arbeitgeberverband habe alle Zeichen eines Kompromisses in höchster Potenz. Man glaube eine verständliche Lösung darin gefunden zu haben, daß man politisch das oberste Industriegebiet zu seinem größten Teil zu Polen schlage, diesen polnisch geworbenen Teil aber gemeinsam mit der deutsch gebliebenen als eine wirtschaftliche Einheit erhalte. In dem naturgemäß gegebenen Konflikt um die wirtschaftliche Vorherrschaft werde aber die deutsche und die polnische Bevölkerung Oberdeutschlands gleichmäßig leiden. Der Plan sei praktisch und durchführbar. Von der oberste Bevölkerung und der deutschen Regierung müsse klar und entschieden die Unannehmlichkeit und Undurchführbarkeit dieses Projektes erklärt werden. Eine solche Erklärung sei eine Präzisierung des reparationswilligen Kabinetts Wirth und bedeute den Bestand des Kabinetts und dessen bestehende Politik aus. Das fragliche Projekt habe die oberste Frage nicht gelöst, sondern um ein großes Stück zurückgeschoben.

Die Polen gehen sich.

Kattowitz, 11. Okt. Wie gemeldet wird, trafen am Samstag in Kattowitz 70 deutsche Männer aus Friedenbüttel ein, die durch Verdrängung seitens der Polen zur Flucht gezwungen worden waren. Auch aus Leipzig und anderen Ortschaften kamen deutsche Flüchtlinge nach Kattowitz.

Oppeln, 11. Okt. Die internationalisierte Militärkommission in Oppeln hat die Deutsche Allgemeine Zeitung in Oberschlesien für die Zeit vom 1. Oktober bis 25. Oktober verboten. Eine Begründung für diese Maßnahme hat die Kommission nicht gegeben.

Deutzen, 10. Okt. Wie aus einer Sitzung der polnischen Führer aus Dombrówka festgestellt wurde, stehen zwanzig Regimenter mit insgesamt 35 000 Mann und neun Schwadronen mit 1800 Mann in Bereitschaft. An der Grenze befinden sich auf polnischer Seite 50 000 Gewehre und verschiedene Nachschubmittel mit entsprechender Munition. Zwischen dem Hotel Domini in Deutzen und der Hauptzentrale in Sosnowitz wird ein regelmäßiger Kurierdienst unterhalten. In letzter Zeit sind Aufklärungsberichte zum Teil sogar informell, über die Grenze gekommen und in verschiedenen Orten untergebracht worden. Durch Grenzposten in Deutsch-Polien wurde ein junger Mann verhaftet, der Geheimbefehle und Aufzeichnungen in deutscher Schrift bei sich trug. Das Material wurde der internationalisierten Kommission übergeben. In dem genannten Ort befindet sich auch das Hauptquartier der Aufklärer. Um etwaigen polnischen Überfällen vorzubeugen, sind die Wehrmannschaften im Kreis Deutzen verstärkt worden. Die Symptome machen sich also wieder bemerkbar: polnische Wägen und Verbote deutscher Zeitungen.

Eine durchsichtige Geste.

Paris, 10. Okt. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht, offenbar aus amtlicher Quelle, folgende Mitteilung: Die englische und die französische Regierung haben absolut keine Kenntnis von den Beratungen des Viererrates, der mit der Festlegung der Grenzlinie in Oberschlesien betraut ist. Die in dieser Frage veröffentlichten Mitteilungen beruhen auf keinerlei Grundlage.

Wenn man das Recht vor aller Welt leugnen will. Paris, 10. Okt. Wie der Genfer Vertreter des Temps mitteilt, sehen die vier Mitglieder des Völkerverbundes, die mit der Vorlegung des Berichtes über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, ihre Arbeit ununterbrochen fort. Gestern seien sie zweimal zusammengetreten. Inzwischen konnte ein völliges Einvernehmen zwischen den vier Mitgliedern nicht hergestellt werden. Die Vorlegung des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfs hätte heute vormittag stattfinden sollen, sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerverbund sei unter Anrechnung der Unterzeichnung, gegen Frau Hemmberger auf 2 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr drei Monate Unterzeichnung und gegen Frau Welfe auf einen Monat Gefängnis

men. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zur Teilung Oberschlesiens zu empfehlende Lösung einigen. Das Gutachten des Völkerverbundes würde telegraphisch dem Völkerverbund des Obersten Rates, Brian, übermittelt.

Kabinettsitzung in Berlin.

Berlin, 10. Okt. Reichskanzler Dr. Wirth traf heute abend in Berlin ein. Im unmittelbaren Anschluß an seine Ankunft fand um 10.30 Uhr eine Kabinettsitzung statt, in der die Lage bezüglich Oberschlesiens und die laufenden Angelegenheiten besprochen wurden.

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch zusammenzutreten, um über die oberste Frage zu beraten.

Vorfälle.

Berlin, 11. Okt. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, ist gestern abend eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London abgereist. Diese Reise ist veranlaßt durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der oberste Frage.

Die Gehälter der Bankbeamten.

Berlin, 10. Okt. Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, führten die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Erweiterung des materiellen Teiles des Reichsarbeitsvertrages im Bankgewerbe zu folgenden Ergebnissen: Vom 1. 7. bis 31. 12. 21 werden außerordentlich sofort Sondererhöhungen nachgezahlt und gewährt, die sich insgesamt für Verheiratete auf 2500, für Ledige auf 2000, für Witwen auf 1700, für Beihilfende auf 450 Mark belaufen. Jugendliche, d. h. Angestellte unter 20 Jahren (mit Ausnahme der Beihilfenden) erhalten jedoch die Hälfte der Sonderzulage und monatlich um 25, 30 und 40 Mark während des erwählten Zeitraumes erhöht. Lebensrenten sollen vom 1. Oktober ab mit je 8 Mark für die ersten beiden und mit 10 Mark für die nachfolgenden Lebensrenten bezahlt werden. Die anwesenden Arbeiter wie auch Arbeitnehmervertreter verpflichten sich, in ihren Kreisen die Abmachungen zur Annahme zu empfehlen. Eine Erklärung über die Vereinbarungen soll sobald wie möglich abgegeben werden.

Der deutsch-litauische Heimatbund.

Berlin, 10. Okt. Eine Einladung des deutsch-litauischen Heimatbundes, Zweigverein Berlin, folgend, vereinigen sich in Berlin die Vertreter der Memellandvereine im Reich zu einer Delegiertenversammlung. Nach einem Beschluß gibt sich der Berliner Verein den Namen Deutsch-litauischer Heimatbund. Die Vereine im Reich treten dem Bund unter völliger Wahrung der Selbstständigkeit als körperschaftliche Mitglieder bei, um so alle außerhalb des Memellandgebietes lebenden Memelländer zusammenzufassen. Die Versammlung gestattete sich zu einer ereignisreichen Rundreise der Anhänglichkeit an die alte deutsche Heimat, deutsche Art und zum Deutschen Reich.

Die Hilfe für Rußland.

Brüssel, 10. Okt. Die internationale Hilfskonferenz nahm fünf Entschließungen an und beendete damit ihre Arbeit. Die erste Entschließung erklärt, daß ein systematisches materielles und finanzielles Zusammenarbeiten der verschiedenen Regierungen notwendig ist. Die zweite Entschließung bestimmt, daß die Regierungen und privaten Organisationen aufgefordert werden sollen, bis zum 1. November sich über die Bereitwilligkeit zum Zusammenarbeiten zu äußern. Die dritte Entschließung stellt vor, daß eine Kommission nach Rußland entsandt wird, um über die tatsächlichen Verhältnisse Bericht zu erstatten. Die vierte Entschließung lenkt die Aufmerksamkeit der Fürsorge des Roten Kreuzes auf die Rettung einer großen Anzahl russischer Kinder durch Methoden, welche die Gesellschaften vom Roten Kreuz für die besten halten. Die fünfte Entschließung erklärt, daß vor Gewährung von Krediten die Regierungen die Anerkennung der bestehenden Schulden und anderen Verpflichtungen, die aus der Verantwortlichkeit der russischen Regierung resultieren, durch die Sowjetregierung übergeben werden. Außerdem sollen entsprechende Garantien für alle gewährten Kredite gegeben werden. Die vierte Entschließung wird wieder aufgenommen, wenn eine neue Entscheidung notwendig werde.

Mordprozeß Hemmberger.

Berlin, 10. Okt. In dem Mordprozeß Hemmberger befragten die Geschworenen die Prozeß nur die Schuldfrage nach Tötung, bei Frau Hemmberger nur die Schuldfrage nach Vergewaltigung, Unterschlagung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Bei Frau Welfe wurde die Frage nach Vergewaltigung gestellt. Der Staatsanwalt beantragte bei Prozeß zehn Jahre Zuchthaus, bei Frau Hemmberger 2 1/2 Jahre Gefängnis, bei Frau Welfe 3 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Prozeß auf fünf Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Unterzeichnung, gegen Frau Hemmberger auf 2 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr drei Monate Unterzeichnung und gegen Frau Welfe auf einen Monat Gefängnis

Parteitag Düsseldorf-West.

Am Samstag, den 15. Oktober und Sonntag, den 16. Oktober 1921 findet in Krefeld der Wahlbezirksparteitag statt.

Samstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, ist eine große öffentliche Versammlung im großen Saale des Gemeindehauses der Krefeld, Weberstraße 9, zu der alle Parteimitglieder eingeladen sind. Es werden sprechen u. a. die Herren Reichsminister a. D. Dr. Welfe, Landtagsabg. Hirtzfelder (Essen) und Reichstagsabg. Blum (Krefeld). Diejenigen Delegierten, die schon Samstag nach Krefeld kommen und ein Logis vermittelt wünschen, wollen sich am Herrn Parteisekretär Dr. Meisters, Krefeld, Westwall 118, wenden.

Am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr beginnt die Delegierten-Versammlung. Ihre vertraulichen Beratungen im Gemeindehaus der Krefeld, Weberstraße 9. Einen Bericht über den Stand der Parteibewegung im Wahlbezirk wird Generalsekretär Dr. Hammer (Köln) geben. Wirtschafts- und Finanzfragen unter besonderer Berücksichtigung der neuen Steuerentwürfe wird Ministerialdirektor Dr. Busch (Berlin) behandeln. Über Kulturfragen, insbesondere das kommende Reichsschulgesetz spricht Frau Wg. Stöffels (Neuß). An jedes Referat schließt sich eine Aussprache an.

Anfragen und Wünsche z. B. des Parteitages sind zu richten an das Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei Köln, Rubensstraße 11. Zu den vertraulichen Beratungen des Parteitages haben Zutritt nur die Kreisdeputierten und Delegierten, denen diese Einladung persönlich zugeandt ist, sowie die Abg. und Mitglieder des Provinzialparlamentes.

Kohlen und Bricketts.

Essen, 10. Okt. In der heutigen Mitglieder-Versammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats berichtete der Vorstand darüber, daß auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin gepflogen worden sind, namentlich im Hinblick auf die Vergrößerung der Kohlensteuer-Erhöhung, der Antrag, außer den bereits berücksichtigten Kohlenkosten auch die anfallenden Material- und sonstigen Kosten durch Preis-erhöhung auszugleichen, erst zum 1. Dezember d. J. in Aussicht genommen wird. Wichtig für Bricketts tritt mit Rücksicht auf die Steigerung der Bindemittelpreise bereits zum 1. November dieses Jahres eine entsprechende Erhöhung ein.

Die bayerischen Gewerkschaften im Siegerwald.

München, 10. Okt. Die Landeskongress der christlichen Gewerkschaften in Bayern nahm folgende Entschließung an: Die in Nürnberg tagende Konferenz der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre Bayerns ist nach wie vor von der Wichtigkeit des Essener Programms durchdrungen. Sie würdigt die seiner baldigen Verwirklichung entgegenstehenden Schwierigkeiten und verpflichtet sich, an der Behebung dieser Hemmnisse durch unverbrochene zielbewußte Arbeit mitzuwirken. Als erstes Erfordernis zur Durchführung der Ziele der Essener Konferenz erachten die Konferenzteilnehmer eine einmütige Stellungnahme der in den Parlamenten tätigen christlichen Gewerkschaftler bei der Entscheidung über alle für die Arbeitererschaft besonders wichtigen Fragen. Die Konferenz spricht ihrem Führer Siegerwald volles Vertrauen aus. Sie würde es freudig begrüßen, wenn es Siegerwald ermöglicht würde, recht bald wieder seine ganze Kraft in den Dienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der christlichen Gewerkschaften zu stellen.

Abgelieferte Schiffe.

Paris, 10. Okt. Wie der „Temps“ mitteilt, wurden Deutschland durch den Schiedsrichter für die an Frankreich abgelieferten Schiffe und Hafeneinrichtungen auf das Reparationskonto die Summe von 15 450 000 Goldmark kreditiert. Die an die Tschechei auf der Donau abgetretenen Schiffe sind mit 338 940 Goldmark bewertet worden und die Schiffe auf der Elbe mit 8 350 000 Goldmark.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 10. Okt. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm den Antrag, das Staatskommissariat für Volksernährung im nächsten Jahre aufzuheben, mit großer Mehrheit an.

Paris, 10. Okt. Die „Chicago Tribune“ meldet: In der letzten Sitzung der Völkerverbundkonferenz vertreten die Vertreter Englands und Italiens die Ansicht, daß die gegenwärtig in Oberschlesien befindlichen Truppen ausreichend stark seien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde soll auch kein Beschluß gefaßt werden sein

